

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wittembe 16.)  
bei C. G. Meiri & Co.  
Breitestraße 14.  
In Gnesen bei Th. Spindler,  
in Grätz bei F. Streifand,  
in Breslau bei Emil Kahl.

**Nr. 161.**

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-  
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-  
schen Reiches an.

## Amliches.

**Berlin, 3. März.** Der Kaiser und König hat im Namen des Deutschen Reichs den hies. Konsul in Smyrna, Dr. J. Froebel, zum Konsul des Deutschen Reichs in Algier ernannt, die von dem Direktorium der Kirche ausss. Konf. zu Straßburg i. E. vorgenommene Ernennung des Pfarrers Adolf Freyinger in Niederroden zum 2. Pfarrer an der franz. Kirche St. Nikolai in Straßburg bestätigt.

Der König hat den bisher. ord. Prof. der Theologie an der Universität in Bonn, Dr. Freiherrn von der Goltz, zum Propste an St. Petri hier selbst, sowie gleichzeitig zum Ober-Konf.-Rath mit dem Range eines Raths 3. Kl. und Mitglied des Evangel. Ober-Kirchenraths; den hies. Ober-Appellat.-Gerichtsrath Dr. Richard Guard Sohn zu Lübeck unter Verleihung des Charakters als Geh. Justizrath zum ordentl. Prof. in der jurist. Fakultät der Universität zu Göttingen; den hies. ordentl. Prof. an der Universität zu Tübingen, Dr. Carl von Noorden, zum ord. Prof. in der philosophischen Fakultät in Bonn; und den hies. ord. Prof. an der Universität zu Straßburg, Dr. Julius Weisfäcker, zum ord. Prof. in der philol. Fakultät der Universität zu Göttingen ernannt.

Der ord. Prof. in der phil. Fakultät der Universität zu Greifswald Dr. Siller ist in gleicher Eigenschaft an die Universität zu Halle berufen, und der hies. Privatdozent an der Universität zu Bonn, Dr. Hermann Jakob, zum außerord. Prof. in der phil. Fakultät der Akademie zu Münster ernannt, der hies. Baumeister Friedrich Brüncke als Königl. Kreis-Baumeister in Wollstein, Reg. Posen, angestellt worden.

Der Kreisgerichtsdirektor Hantusch in Strehlen ist gestorben. Versteht sich: der Kreisgerichtsrath Niehake in Ratibor und der Kreisrichter Klamroth in Oranienburg an das Kreisgericht in Berlin, der Kreisrichter von Bausen in Swinemünde an das Kreisgericht in Stettin und der Kreisrichter Wundersleben in Braunsberg an das Kreisgericht in Königsberg in Pr. Der Rechtsanwalt und Notar Friedrichmann in Suhl ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht in Brottau mit Anweisung seines Wohnsitzes dasebst verlegt worden. Der Kreisrichter Kochann in Tempelburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Schwilande und zugleich zum Notar im Depart. des Appellationsger. zu Bromberg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Schwilande ernannt worden. Der Gerichtsassessor Führer ist zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Rosenburg Oderschl. und der Gerichtsassessor Dr. Clasen zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Wollstein ernannt. Dem vom 1. April d. J. ab zum Kreisrichter in Wollstein ernannten Gerichts-Ass. Cyra von Terpis und dem Kreisrichter Denhard in Franzburg ist, Ersterem behufs Uebertritts zur allgemeinen Staatsverwaltung, die nachgesuchte Dienstentlassung erteilt.

Versteht sich: der Staatsanwalt Toussaint in Trebnitz an das Kreisgericht in Landsberg a. W. und der Staatsanwaltschaftsgehilfe Dr. Grotz in Marienwerder an die Staatsanwaltschaft der Kreisger. in Posen und Oderode, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Posen, der Ger.-Ass. Vartels ist zum Staatsanwaltschaftsgehilfen bei der Staatsanwaltschaft des Kreisger. in Friedeberg i. Nm. ernannt. Dem Kreisrichter Dr. Dietrich zu Diez ist die Kreisrichteranzw. Stelle des Stadt- und Landkreises Wiesbaden übertragen und derselbe gleichzeitig mit der kommiss. Verwaltung der Departementshierarchie für den Reg.-Bez. Wiesbaden beauftragt worden.

## Brief- und Zeitungsberichte.

**Berlin, 3. März.**

Wie in Abgeordnetenkreisen verlautet, ist der Kaiser ungehalten über den Verlauf der ersten Lesung der Generalsynodalordnung, da so viele Ausstellungen gegen die Vorlage und gegen ihn als summus episcopus erhoben worden sind. Die Spitzen der Reichsbehörden, namentlich Fürst Bismarck, sollen sehr erregt sein über die Rede des bayerischen Premierministers Herrn von Presshner, betreffend das Projekt des Erwerbes der Eisenbahnen auf Reichskosten. Es gilt nicht für unwahrscheinlich, daß an einer Aenderung der Reichsverfassung im zentralistischen Sinne gearbeitet wird. (?)

Wie der „Karlz. Bzg.“ von einem anscheinend inspirierten Korrespondenten aus Wien, 28. Februar geschrieben wird, ist der Ernennung des Grafen Stolberg-Wernigerode zum deutschen Botschafter in Wien ein Austausch von Schriftstücken vorausgegangen, die ein sprechendes Zeugnis für die Innigkeit der österreichisch-deutschen Beziehungen ablegen. Die bevorstehende Ernennung wurde in Wien mit der Erklärung notifiziert, daß der Kaiser Wilhelm durch die Wahl einer in jeder Beziehung so hervorragenden Persönlichkeit der hohen Bedeutung der beide Staaten verbindenden Freundschaft einen weiteren sichtbaren Ausdruck habe geben wollen. Die österreichische Antwort lautete, daß man mit hoher Genugthuung als den Vertreter des neubegründeten Deutschlands einen Mann begrüße, der einen der besten deutschen Namen trage, und der mit seinem politischen Blick der Entwicklung und Kräftigung der bestehenden Beziehungen dasselbe Interesse zuzuwenden verstehen werde, welches sein Vorgänger jederzeit bekundete.

Vom Bundesrath meldet die „Nat.-Bzg.“: Bezüglich der Ordnung des Apothekenwesens war im Bundesrathe beantragt worden: dem Konfessionär ist die Verpflichtung aufzuerlegen, die zu der Einrichtung und dem Betriebe des Vorgängers gehörenden Vorräthe und Geräthschaften zu einem Topprieze zu übernehmen. Im Uebrigen ist die Konfession ohne Bedingung zu erteilen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Ferner wurde beantragt, der Wittve des verstorbenen Konfessionärs auf Lebenszeit und den minorren Kindern desselben auf einer ihrer Maximaldauer nach gestrichelt zu bestimmenden längeren Zeit das Recht einzuräumen, die Apothekerei für ihre Rechnung durch einen qualifizierten Apotheker verwalten zu lassen. Auch dieser Antrag fand nicht die Zustimmung. Der Beschluß über das Apothekenwesen geht dahin: „Das Reichskanzleramt zu ersuchen, auf Grundlage der in dem Ausschussbericht aufgestellten leitenden Gesichtspunkte einen Entwurf zu einem Gesetz über die Ordnung des Apothekenwesens auszuarbeiten zu lassen und dem Bundesrathe vorzulegen, die dem Ausschusse zugewiesenen, an den Bundesrath über diesen Gegenstand gerichteten Petitionen dem Reichskanzleramt zur Benutzung als Material für den auszuarbeitenden Gesetzentwurf zu überweisen.“ — Der Beschluß des

Bundesraths bez. des Verkehrs mit Sprengmitteln lautet: Der Bundesrath erklärt sich mit der einheitlichen Regelung des Verkehrs mit Sprengmitteln einverstanden und ersucht die Bundesregierungen mit thunlicher Beschleunigung über die zu treffenden Bestimmungen gegen das Reichskanzleramt sich zu äußern, schon vorher aber demselben die dormalen geltenden Bestimmungen mitzutheilen. — Wegen eines Uebereinkommens mit Oesterreich-Ungarn betr. Naturalisation hat der Bundesrath beschloffen: „Mit Einleitung von Verhandlungen von Oesterreich-Ungarn zum Zweck eines Uebereinkommens wegen gegenseitiger Durchführung von Anordnungen, wonach die Naturalisations-Urkunde nur dann erteilt würde, wenn der Aufzunehmende die Entlassung aus seiner bisherigen Staatsangehörigkeit nachgewiesen hat, sich einverstanden zu erklären.“ — Die Etatsübersichtungen im Jahre 1874 sind vom Bundesrathe genehmigt worden. — In der nächsten Woche wird wohl eine Plenarsitzung des Bundesrathes stattfinden; die meisten auswärtigen Mitglieder desselben haben Berlin nunmehr verlassen; abgesehen von den Arbeiten des Justiz-Ausschusses, bez. der Reichsjustiz-Gesetze, werden vorläufig die größten Arbeiten im Bundesrathe ruhen.

DRO. Nach einer dem Hause der Abgeordneten zugegangenen Uebersicht über die im Jahre 1874 stattgehabte Verwendung der Fonds zu Neu- und Umbauten der Staats-Chauffeen und zu Prämien für Chauffee-Neubauten sind zu dem genannten Zweck verausgabt worden für die Provinz Preußen 687,326 Thlr., Brandenburg 447,854 Thlr., Pommern 91,379 Thlr., Posen 64,802 Thlr., Schlesien 299,524 Thlr., Sachsen 182,928 Thlr., Schleswig 109,212 Thlr., Hannover 216,292 Thlr., Westfalen 121,622 Thlr., Hessen-Rhaffau 221,514 Thlr., für die Rheinprovinz 207,903 Thlr., für die Hohenzollernschen Lande 31,802 Thlr. Ferner haben erhalten zur Unterhaltung der Chauffeen der Provinz Preußen 380,989 Thlr., Brandenburg 377,192 Thlr., Pommern 162,607 Thlr., Posen 91,531 Thlr., Schlesien 486,836 Thlr., Sachsen 498,402 Thlr., Schleswig 177,893 Thlr., Hannover 524,740 Thlr., Westfalen 519,403 Thlr., Hessen-Rhaffau 431,234 Thlr., die Rheinprovinz 507,854 Thlr. und die Hohenzollernschen Lande 20,941 Thlr. Endlich sind zur Unterhaltung der Wege zc. an Kommunalverbände und Ortsbehörden Zuschüsse geleistet worden: im Reg.-Bezirk Königsberg 11,596 Thlr., Gumbinnen 7008 Thlr., Potsdam 1550 Thlr., Frankfurt 7500 Thlr., Stettin 1334 Thlr., Neustadt 3500 Thlr., Osnabrück 6000 Thlr., Magdeburg 161 Thlr., Merseburg 400 Thlr., Erfurt 9272 Thlr., Münster 5076 Thlr., Minden 3070 Thlr., Arnberg 5220 Thlr., Koblenz 4220 Thlr., Düsseldorf 2000 Thlr., Köln 4450 Thlr., Trier 10,225 Thlr. und im Reg.-Bezirk Aachen 5370 Thlr.

Im Nationalliberalen Verein erstattete am Mittwoch Abend der Abgeordnete Miquel vor außerordentlich zahlreicher Versammlung eingehenden Bericht über die letzte Reichstagsession. Ueber die Motivierung der Abstimmungen der nationalliberalen Partei bei der Strafsesessnovelle, dem Hilfskassen-Gesetz und anderen wichtigen Vorlagen können wir hinweggehen, weil dieselbe aus den Reichstagsdebatten bekannt sind; von größerem Interesse ist das, was Herr Miquel über die allgemeine Haltung der Nationalliberalen im Reichstage sagte. Zunächst verwahrte er seine Partei gegen den Vorwurf, eine Regierungspartei zu sein; sie unterliege der Regierung zwar, so weit dieselbe die nationalen Ziele auf liberalem Wege anstrebe, stehe aber sonst den Vorlagen ebenso unabhängig gegenüber wie die übrigen Parteien. Die vor Eröffnung der Session ausgesprochenen Gerichte von einem Umsturz in den Tendenzen der Regierung seien von Seiten der Nationalliberalen niemals für ernst gehalten worden, weil die Regierung von der Macht der Verhältnisse gezwungen werde, auf dem einmal beschrittenen Wege zu verbleiben, und der Verlauf der Session habe die bestmögliche Harmonie zwischen Reichsregierung und Reichsvertretung dokumentirt, da erlicher sich sämtlichen Beschlüssen der letzteren fügte, ohne die Kabinetsfrage aufzuwerfen. Auf's Neue habe sich gezeigt, daß die nationalliberale Partei allerdings nur unter einer liberalen und nationalen Regierung existenzfähig sei, daß aber eine solche Regierung auch ohne eine solche Partei nicht existiren könne, und so lange diese Existenzbedingungen vorhanden würden, würden die Prophezeiungen der politischen Gegner von dem Falle der Partei sich auf bloße Wünsche beschränken. Vor Allem thue aber gerade jst, wo die Gegner und Reichsfeinde keine Mittel finden, die größte Mäßigkeit nöthig, man dürfe sich weder einem unberechtigten Optimismus hingeben, noch von den Unannehmlichkeiten des Uebergangsstadiums niedergedrückt lassen, sondern mit vollen Kräften in den bevorstehenden Wahlkampf eintreten. — Eine Diskussion knüpfte sich an den fast zweistündigen, sehr beifällig aufgenommenen Vortrag nicht.

Heute (3. d.) Vormittag 11 Uhr fand auf dem Kasernenhofe des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1. die Uebergabe der von dem Kaiser Alexander von Rußland den Fahnen der 3 Bataillone des genannten Regiments verliehenen Bänder des St. Georgs-Ordens statt. Dieselben wurden durch den Flügel-Adjutanten des Kaisers von Rußland, Obersten Fürst Dolgorucki, unter Ueberreichung des folgenden Schreibens des Kaisers Alexander an den Fahnen befestigt:

„Zur besonderen Genußnahme gereicht es Mir, seit fünf Jahren Chef des Ihrer Führung, Herr Oberst, anvertrauten Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1 zu sein. — In Anerkennung der Kriegsthaten dieses Regiments, besonders während des letzten deutsch-französischen Krieges und als Zeichen meiner Zuneigung zu demselben, verleihe Ich mit Genehmigung Sr. Majestät des Kaisers von Deutschland und Königs von Preußen, den drei Bataillonen des Regiments die hier beifolgenden Bänder des St. Georgs-Ordens für deren Fahnen und wünsche, daß dieses Regiment des von ihm erworbenen Ruhmes sich stets würdig erweisen möge.“

St. Petersburg, 3. März 1876.

Alexander.

An den Kommandeur des Preussischen Kaiser-Alexander-Garde-Grenadier-Regiments Nr. 1, Oberst von Wusow.

Die Zustimmungserklärungen zu der Haltung der „Kreuzzeitung“, gegenüber dem bekannten Verdammungsurtheil des Fürsten Bismarck, gewinnen immer mehr den Charakter einer hochkonfessionellen Parteidemonstration. Jede Nummer bringt neue verärgerte Erklärungen in mehr oder weniger energischer Form. Wir haben in den letzten drei Nummern 63 gezählt. Darunter sind als in weiteren Kreisen bekannt zu nennen: Hans v. Rohow auf Pleßow, Graf Krassow, Mitglied des Herrenhauses, die Pastoren Appuhn und Arndt in Wernigerode.

[Statistik der Volksschullehrer in Preußen] Anfang Juni 1875 betrug die Zahl der ordentlichen, fest dotirten Lehrer und Lehrerinnenstellen an den öffentlichen Volksschulen überhaupt 52,465 darunter 36,765 (mit 1180 Lehrerinnen) evangelisch, 15,276 (mit 2689 Lehrerinnen) katholisch und 424 (12 Lehrerinnen) jüdisch. Auf die die Provinz Posen treffen 1221 evangelische, 1561 katholische und 114 jüdische Lehrer und 31 evangelische und 4 katho-

lische Lehrerinnen. Von der Gesamtzahl der Stellen waren 48,737 ordnungsmäßig besetzt (34,113 evangelische, 14,254 katholische und 387 jüdische). Aus der Zahl der 3728 nicht besetzten Stellen wurden durch ungeprüfte Lehrkräfte verwaltet 1689 und durchgeprüfte Kräfte einer anderen Schule 1897. Demnach blieben ohne jede unterrichtliche Veranordnung nur 142 Stellen und zwar 82 evangelische, 44 katholische und 16 jüdische. Die Zahl der Hilfslehrer und Lehrerinnen betrug überhaupt 2031, davon 1206 evangelisch und 825 katholisch. Von diesen Stellen waren 1251 (746 evangelisch und 505 katholisch) ordnungsmäßig besetzt. Aus der Zahl der nicht besetzten wurden durch ungeprüfte Lehrkräfte verwaltet 211 und durch geprüfte von einer anderen Schule aus versehen 566, so daß nur 13 (evangelische) Hilfslehrerstellen ohne unterrichtliche Veranordnung blieben. Im Jahre 1873 waren 49,709 ordentliche Lehrer und 2237 Hilfslehrerstellen, zusammen 52,046 Lehrer, beziehungsweise Lehrerinnenstellen vorhanden. Die ordentlichen Lehrstellen haben sich sonach um 2756 vermehrt und die Hilfslehrerstellen um 376 vermindert. Bringt man diese in Abzug, so hat innerhalb zweier Jahre eine Vermehrung von überhaupt 2459 Stellen stattgefunden. Im Jahre 1870 bestanden 76 Lehrerseminare, je 1 ist ihre Zahl mit Einschluß von 6 Lehrerinnenseminaren auf 100 gestiegen. Im erstgedachten Jahre waren in denselben 4786 Stellen besetzt, während zu Anfang des Jahres 1875 über 6000 dergleichen Stellen besetzt waren. Hiernach ergibt sich, daß die Zahl der in der Ausbildung begriffenen Seminaristen um mindestens 1200 zugenommen hat, und da der Turnus ein dreijähriger ist, so sind mithin jetzt jährlich 400 Schulanwärtern mehr verfügbar als damals.

**Detmold, 1. März.** Nach Berichten aus dem Fürstenthum Lippe-Detmold ist daselbst vor einigen Tagen in der alten Hansestadt Lemgo eine Volksversammlung abgehalten worden, in der mit Einstimmigkeit gegen die Wiederherstellung der Verfassung von 1836, auf Grund deren das jüngste Wahlausschreiben der neuen Regierung ergangen war, Protest eingelegt wurde. Es hat demnach nicht den Anschein, als ob aus dem vom Fürsten Wolfemar eingeschlagenen Wege die Herstellung verfassungsmäßiger Zustände im Lande zu erwarten sei. Auch diesmal scheint sich die Bevölkerung trotz aller staatsrechtlichen Auseinandersetzungen der Regierung nicht entschließen zu wollen, eine Landtagswahl nach dem alten sächsischen Wahlgesetz vorzunehmen, und so wird denn auch diese Ruine überlebter Patrimonialherrschaft vermutlich noch fernerhin im Reich fortdauern und nicht eher verschwinden, bis die Reichsverfassung sie einmal über den Haufen wirft.

**Straßburg 29. Februar.** An Stelle seines von dem Oberpräsidenten unterdrückten Fastenhirtenbriefes hat Bischof Neef nunmehr aus demselben die üblichen notwendigen Verordnungen für die Fastenzeit zusammenstellen, veröffentlichen und am vorgestrigen Sonntag von den Kanzeln seiner Diocese verlesen lassen. Es wird in diesem „Dispositiv“, wie man es hier nennt, u. a. zu Notstellen zc. „pro Papa“ aufgeführt und die Ermahnung an die Gläubigen gerichtet, „einige oder mehrere heilige Kommunionen zu verrichten, um alle auf der Kirche lastenden Untheile abzuwenden.“ Ferner wird gesagt: „Da die Bedürfnisse des h. Stuhles immer die nämlichen sind, so wird die Sammlung des Peterspfennigs fortbestehen und in jeder Pfarre, am schicklichsten an zwei Haupttagen, vorgenommen werden.“ Endlich werden die Gläubigen auch zur Unterföhrung der kleinen Seminare aufgefordert. Dieser Auszug des Hirtenbriefes trägt das Datum des letzteren, 10. Februar.

**Wien, 1. März.** Großes Aufsehen erregt hier, insbesondere in den adligen Kreisen, eine kaum dagewesene Standaesgeschichte. Eine ungariſche Dame, die zur nächsten Umgebung der Kaiserin gehörte, hat ein Buch veröffentlicht voll Niederträchtigkeit und Unflätherei, wie sie in den Annalen der Standaliteratur wohl unerhört sein mag. Die bereits vom Hofe verwiesene Verfasserin heißt Eleonore B. . . . und ist die Tochter eines ehemals auch in Deutschland wohlbekannten Staatsmannes. Das Motiv zum Standal ist Eifersucht. Der Mann, gegen den sich in erster Linie der rasende Angriff lehrt, ist ein aktiver hoher Militär von glänzendem Namen. Indessen ist in dem Buche nahezu die gesammte Aristokratie der Reihe nach mit anekdotischem Cynismus gebrandmarkt. Es werden soziale Gebrechen aus der hohen Gesellschaft erbarmungslos aufgedeckt, wie solche bisher allerhöchstens dem Schlamme und dem Auswurfe der Menschheit bekannt sein mochten. Die Krone selbst ist nicht verschont geblieben. Die Aristokratie hat sofort das Buch in den Buchhandlungen aufgekauft, aber jetzt wird eine zweite Auflage veranstaltet, was allerdings die Polizei zu verärgern sucht. Von der Aufregung, die in den hohen Kreisen herrscht, hat man keinen Begriff. Der Adel hat selbst die ungeschulbigen Andernanden der rasenden Autorin aus seinen Kreisen ausgeschlossen; aber der Standal ist einmal da, und zwar in einem Maße, daß man die bekannten Vorfälle mit der berückelungen Fanny Lear ein wahres Kinderpiel dagegen nennen muß.

Einen wohlthuenden Eindruck hat dagegen in beiden Reichshälften ein Brief Ludwigs Köndrath's, an Ignaz Hefly bei Gelegenheit des Todes von Franz De al geschrieben, gemacht. In diesem interessanten Schriftstück heißt es:

Die Nation trauert, es ist ganz in der Ordnung. Ich trauere auch mit aufrichtigem, tiefem Kummer. Bei der Erinnerung an die Vergänglichkeit ziehen in meinem Gedächtnisse die Worte Schiller's herauf: „So geht der Mensch zu Ende, und die einzige Ausbeute, die wir aus dem Kampfe des Lebens wegragen, ist die Einsicht in das Nichts!“ Ich betrauere ihn, der einst mein brüderlich inniger Freund war; ich betrauere es, daß er dies nicht immer geblieben; ich betrauere den Tod dessen, den auch ich einst — es ist lange her! — als meinen Meister, sein Urtheil als Prüfstein betrachtete, welcher zeigte, was Edelmetall, was „alliage“ in meinen Gedanken sei; ich betrauere den einstigen Kampfgenosse, mit dem wir zusammen in der Arena der Pflicht gekämpft; ich betrauere den späteren edlen Gegner. Und nicht nur als Mensch, auch als Bürger trauere ich. Aber als solcher betrauere ich nicht den De al, den Jene betrauere, sondern den, der schon 1867 gestorben ist; ich betrauere sein Vermächtniß, welches die Kleinmüthigen, die Kurzsichtigen und Geisteslosen segnet; ich betrauere das Hinscheiden jener Tugenden, mit welchen er sich hoch über den Sumpf seiner verdorbenen Zeit erhob und welche, wenn auch nicht von ihm zu lernen, doch an der Zauberglut seines Beispiels zu kühlen, meiner Seele so wohl that, aber welche sie, die ihn ihren Führer, Meister nennen — leider! von ihm nicht lernten. Wahrhaftig nicht! Es kommt mir da in den Sinn (ich habe es einmal aus guter Quelle gehört), daß, als in der Konferenz der De al-Partei Jemand ihn mit „unser geehr-

**Annoncen-  
Annahme-Bureau:**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei C. F. Hanke & Co. —  
Hanselstein & Bogler, —  
Rudolph Hoffe.  
In Berlin, Dresden, Göttingen  
beim „Juwelendank.“

**1876.**



ter Parteiführer" ansprach, Deak gegen ihn ausrief: „Der Teufel ist euer Parteiführer!" Es ist es in der That. . . .

Würden Sie es glauben, daß von allen meinen einstigen Freunden eben Deak derjenige war, der, seitdem wir exiliert sind, gegen mich oder die Meinigen (mit denen er doch in Blutsverwandtschaft war) meines Wissens nie ein Zeichen auch nur der geringsten Theilnahme, auch nur des geringsten Interesses gab? Meine kleinen Kinder schmachteten im Gefängnisse. Es gab Einen, der sich mit ihnen einpferchte, um sie pflegen zu können. Fremde, meine politischen Gegner, weitesterten in freundlicher Theilnahme für sie. Deak fragte nicht einmal, ob sie noch leben. Sie gingen in die Verbannung. Das Volk, Tausende von Unbekannten begleiteten ihr Schiff mit Thränen und Segenswünschen. Deak hatte für sie auf den weiten Weg des heimathlosen Lebens kein „Gott mit Euch!" Zwei schwere Schläge in meiner Familie kamen in der Fremde über mich. Ich brach unter der Last beinahe zusammen. Worte der Theilnahme erklangen aus fünf Erdtheilen von Fremden zu mir. Deak hatte kein Wort der Theilnahme für mich. Und er, der einstige intimste Freund, kannte mein Inneres wie sonst Niemand; er war der vertraute Zeuge der häuslichen Glückseligkeit meines Familienlebens; er wußte, daß ein einziges Wort des Mitgeföhls Balsam gewesen wäre für meine noch jetzt blutende Wunde. Aber der Verbannnte des Vaterlandes war auch aus seinem Herzen exiliert.

Deak war ein glücklicher Mensch. Ihn haben die körperlichen Qualen der langen Krankheit von jenem Seelenleiden gerettet, in seinem Geiste sich die volle Wirkung des von ihm in gutem Glauben gepflanzten Upasbaumes vergegenwärtigen zu müssen, jene Wirkung, welche dieser schon in der Gegenwart geübt hat, die der Mutter Schoß der Zukunft ist. Er starb in dem Glauben, daß er unserm Vaterland eine Zukunft gesichert habe. Mit einem solchen Glauben zu sterben, ist ein großer Segen. Ich sterbe mit dem Kummer im Herzen, daß das, was Deak mit reinem, gutem Gewissen, aber entseztlich irrend geschaffen hat, ein Abgrund ist, der diese Nation verschlingt. Und die fatale Logik der Thatfachen ist so unerbittlich, die Rache der Götter so genig, daß ich — wenn nicht ein unberechenbarer Zufall dazwischentreit — aus diesem Abgrunde keine Rettung mehr sehe. Denn eine niedergedrückte Nation kann auf's Neue geboren werden, aber für eine selbstmörderische Nation giebt es keine Auferstehung. Mit einem solchen Kummer zu sterben, das ist ein bitterer Fluch. Das scheint mir zum Theil bestimmt zu sein.

Am Grabe Deak's sind solche Betrachtungen meinerseits nicht inopportun, lieber Freund! — Sicherlich nicht!

Dieses Gaudium der mysteriösen Todesfidel hat mir ins Ohr geblüht: „Memento! Jetzt ist die Reihe an dir." Und ich flüsterte dem Flüsternden zurück: „All right" — ich bin bereit. Ja wohl, die Reihe ist an mir. Von denjenigen, die man einst in unserm Vaterlande die vicille garde genannt hat, blieben nach Deak nur sehr Wenige noch übrig. Selbst der Botokude könnte uns zählen, und dieser weiß nur bis Fünf zu zählen. Und unter den wenigen Lebregeliebten bin ich, mit Ausnahme des alten Edmund Bernath in Ungarn, der älteste. Und dazu auch nur eine lebende Statue: ein tragisches Denkmal der verleugneten Vergangenheit inmitten einer Wüste — und sonst nichts!

So sei's, ich bin bereit. Ich gebe auch an meinen Platz, nach Genau, in aller Stille, ohne alles Geräusch, so daß es kaum mein Nachbar erfährt. Und ich kann Sie versichern, daß „the earth will continue to roll round and round nevertheless", und daß außer meinem engen häuslichen Kreise meinerthalben Niemandem der Kopf weh thun wird. Auch das ist ein Trost, zu wissen, daß man Niemandem Schmerz verursacht. Und nun merke ich, viel zu spät, daß mein lautes Denken mich schon zu weit geführt hat.

## Lokales und Provinzielles.

Wosen, 4. März.

r. Der Wasserstand der Warthe ist seit gestern Nachmittags wieder um 5 Zoll gefallen und betrug heute Morgens 7 Uhr nur noch 16 Fuß 10 Zoll. Im Ganzen ist das Wasser seit dem höchsten Stande am Dienstag und Mittwoch (18 Fuß 5 Zoll) bereits um 1 Fuß 5 Zoll gesunken!

r. Dem vaterländischen Frauenverein, welcher bekanntlich für die überschwemmten und obdachlos gewordenen Armen unserer Stadt Suppenküchen errichtet hat, sind von der Kaiserin unter Anerkennung seiner Bestrebungen zur Vinderung der Noth 1500 M. überwiesen worden. — In den 4 Suppenküchen wurden am Mittwoch zusammen 1825 Portionen Suppe mit Brod, am Donnerstag 2492 Portionen und gestern 2600 Portionen unentgeltlich vertheilt. Von heute ab tritt noch eine fünfte Suppenküche ins Leben, und zwar in dem früheren Ursulinerinnenkloster; die Leitung derselben ist dem Kaufmann Felix Reiser übertragen worden.

— Die polnisch-katholische Volksversammlung zu Ostrowo die am 29. v. M. unter dem Vorsitz des Prinzen Edmund Radziwill abgehalten wurde, nahm einer Korrespondenz des „Kurjer Poin" zufolge unter Anderm auch folgende Resolution an:

Die Einwohnern (!) der Stadt Ostrowo und der Umgegend fühlen die Gnade (!) unbefriedigt, die ihnen Gott erwiesen hat, indem er zuließ, daß der Kardinal-Oberhirt gerade in diesem Gefängnisse zwei Jahre zubüßte. Sein Aufenthalt hat nicht nur den Namen der Stadt Ostrowo in der ganzen katholischen Welt berühmt gemacht, sondern auch ihren Einwohnern Gelegenheit gegeben, aus der Nähe das glänzende Beispiel ihres Seelenhirten zu betrachten. Wir fassen daher den Beschluß, daß wir bei der Kirche von Ostrowo eine ewige Messe stiften werden zu Gunsten Sr. Eminenz des Kardinals Mieczyslaw Gr. L. dohowski, Erzbischofs von Gnesen und Posen, die am 3. Februar um 6 Uhr früh gelesen werden soll, als an dem Tage und der Stunde, zu der der Erzbischof in diesem Jahre das Gefängnis von Ostrowo verließ.

Mit großer Genugthuung fügt der ultramontane Korrespondent hinzu, daß alle Resolutionen einstimmig angenommen wurden. Wie trefflich drückt die Kömlinge von Ostrowo übrigens sein müssen, geht aus dem Eingangartikel des „Kur. Poin" hervor, der dem „Dziennik" gegenüber die Versammlung von Ostrowo als Muster-Versammlung hinstellt und mit gesperrter Schrift die Worte druckt: In dieser Weise müssen die Volksversammlungen abgehalten werden. Die kirchliche Frage umfaßt nämlich auf dieser Versammlung den ersten und größten Theil der Verhandlungen, während die Sprachenfrage erst nachher flüchtig abgewandt wurde. Der Berichterstatter von Ostrowo meldet auch, daß auf das übliche Telegramm, welches an Ledochowski abgefaßt wurde, zwei Stunden nach Schluß der Versammlung zu Gnesen des Prinzen Radziwill der telegraphirte Segen des Kardinal Mieczyslaw eintroff.

x. Ein Luftschiffer unter Anklage. Gestern kam vor dem Kriminal-Senate des Appellationsgerichts die Untersuchungsakten gegen den Luftschiffer Carl Schulz in zweiter Instanz zur Verhandlung. Unsere Leser erinnern sich, daß Schulz im Juni vorigen Jahres anonciert hatte, eine Luftschiffahrt vom Volksgarten aus unternehmen zu wollen, daß sich an dem bestimmten Tage eine große Menge Schaulustiger gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes im Volksgarten einfand, daß aber die Erwartungen des Publikums insofern getäuscht wurden, als gegen Abend der Luftballon ohne Herrn Schulz in die Luft stieg. Schulz wurde sofort auf Requisition des Staatsanwalts, der sich unter den Zuschauern befand, verhaftet und demnächst wegen Betruges unter Anklage gestellt. Das hiesige Kreisgericht hielt jedoch weder die Requisition des Betruges, noch die dolose

Abticht des Schulz für feststehend und sprach deshalb das Nichtschuldig aus. Die Staatsanwaltschaft appellirte gegen diese Entscheidung, welche indeß in der heutigen Sitzung des Appellationsgerichts überall bestätigt wurde. Die Vertheidigung des Schulz führte auch heute, wie in erster Instanz, der Rechtsanwalt Klemme.

r. Zum Besten der Ueberschwemmten werden gegenwärtig von verschiedenen Seiten in unserer Stadt Veranlassungen getroffen, um der Noth zu steuern. Nachdem der vaterländische Frauenverein die Suppenküchen ins Leben gerufen und dadurch zunächst für die Befriedigung des Hungers Vorsorge getroffen hat, findet heute Nachmittags im Rathhause eine Versammlung statt, in welcher darüber berathen werden soll, auf welche Weise durch öffentliche Sammlungen am besten Geldmittel für die Ueberschwemmten zu beschaffen sind, da bei dem Stoden der Arbeit in Folge der Ueberschwemmung viele Personen, die von der Hand in den Mund leben, in Noth gerathen sind, und demnach auch die Unterstützung mit einigen Geldmitteln sich als eine Nothwendigkeit herausgestellt hat. Es ist zu wünschen, daß die Versammlung recht stark besucht werden möchte. Auch die Thätigkeit der Vereine regt sich in recht erfreulicher Weise; der Männergesangsverein wird zum Besten der Ueberschwemmten Dabids „Wüste" zur Aufführung bringen; die Volksliedertafel veranstaltet am Sonntage in der Butte, den Kolonade von 4—6 Uhr Nachmittags auf demselben Platze ein Konzert; ebenso die Gesellschaft der Freunde der Wissenschaften und Geselligkeit am Sonnabend eine Festvorstellung. Im Lambert'schen Saale findet ein großes Konzert statt, bei welchem besonders der Hennig'sche Gesangsverein und die Appold'sche Kapelle mitwirken werden; und am Montage wird im Interimstheater eine große Extravorstellung zum Besten der Ueberschwemmten gegeben.

— Schlesische Textilindustrie. Die Handelskammern zu Hirschberg, Schweidnitz, Lauban, Landeshut und Sorau haben beschloffen, die zum Schutze der schlesischen Textilindustrie zu erziehenden Maßregeln auf einer gemeinsamen Konferenz von Vertretern dieses für Schlesien belangreichsten Industriezweiges zur Verabreichung zu bringen. Die Konferenz soll am 6. März in Hirschberg stattfinden. Für die Bedeutung der schlesischen Textilindustrie sprechen die Zahlen des gewerblichen Adressbuchs am deutlichsten. Danach zählt die Provinz 135 Baumwoll-, 88 Leinen- und 85 Woll-Spinnereien und Webereien, 5 Seidenspinnereien, 29 große Bleichereien und 36 große Färbereien.

Bromberg, 3. März. [Der Wasserstand der Brähe] betrug heute am Oberpegel 4,82 Meter, am Unterpegel 1,98 Meter.

## Das Bankgesetz.

Das am 1. Januar d. J. in Kraft getretene Reichsbankgesetz hatte während der Reichstagsverhandlungen nicht nur die Betheiligten der Privatbanken, sondern auch den überwiegend größten Theil des Handelsstandes, speziell unserer Provinz, zu Gegnern. Es ist nicht anzunehmen, daß die nunmehr erfolgte praktische Anwendung der neuen Ordnung Freunde zugeführt hat, obwohl die Kreditbedürftigen inzwischen zur Ueberzeugung gelangt sein werden, daß die Kreditgewährung der Reichsbank, wenn die, allerdings erschwerten Bedingungen der Kreditnahme erfüllt werden, gegen die frühere Preussische Bank nicht so sehr zurückfällt, als vorher angenommen wurde. Zu den erschwerenden Bestimmungen gehört hauptsächlich § 13 Absatz 2 des Gesetzes, wonach nur solche Wechsel diskontirt werden dürfen, für welche drei, mindestens zwei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften. Hierdurch gelangt das Diskontgeschäft hauptsächlich in die Hände der Bankiers, da dem kleinen Kaufmann oder Gewerbetreibenden, welcher bei der Bank nicht akkreditirt ist, selbst Wechsel mit der besten Unterschrift nicht diskontirt werden. Während der Großhändler, dem es an einem zweiten Kreditfähigen nie fehlt, seinen Kredit bei der Bank auszunutzen im Stande ist, unterliegt das Kreditbedürfnis des Kleinhandels, welcher meist im Geschäftsverkehr mit Leuten steht, die auf Kredit laufen, aber für die Reichsbank nicht kreditfähig sind, der Beschränkung, welche dadurch entsteht, daß der Kleinbändler zur Vertheilung seiner Wechsel gegen Provisionzahlung den Bankierkredit benutzen muß. Diese Bestimmung macht also den kleinen aber soliden Handel kreditlos, be-  
künstigt dagegen den insolventen Kredit, welcher durch die sogenannten Wechsel zum Schaden des realen Geschäfts den Bankkredit in Anspruch nimmt. Die Hauptgegner der Bank haben sich aber das Bankgesetz durch die Festsetzung und Verminderung des ungedeckten Noten-Umlaufs zugezogen, welcher für die Reichsbank und sämtliche Privatbanken im Reich auf 355,000,000 Mark, von denen auf die Reichsbank allein 250,000,000 Mark entfallen, festgesetzt ist. Im Laufe der Zeit dürften aber die Gegner die je r Maßregel innerhalb des Handelsstandes zu der Ueberzeugung gelangen, daß, wenn auch hierdurch der Kredit, welcher früher durch Papiergeldnoten allerdings leicht zu beschaffen war, reduziert werden mußte, doch der Segen eines geregelten Geld- und Notenumlaufs jeden anderweitigen Nachtheil aufwiegt. Dem größten Theil des Handelsstandes wird die Bedeutung der sicher gedeckten Banknote wohl erst in der Zeit einer durch politische Verhältnisse hervorgerufenen Bank aufgehen, wo man den vollen Werth einer Reichsbanknote oder der Note einer dem Bankgesetz unterworfenen Privatbank gegenüber der entwertheten Note einer Privatbank, welche sich dem Gesetze nicht unterworfen hat, am deutlichsten erkennt.

Dem Bankgesetz haben sich folgende sechzehn Banken unterworfen:

1. Die Reichsbank,
2. Städtische Bank in Breslau,
3. Königsche Bank,
4. Danziger Privat-Aktien-Bank,
5. Prov.-Aktien-Bank des Großherz. Posen,
6. Hannoversche Bank,
7. Frankfurter Bank,
8. Sächsische Bank zu Dresden,
9. Leipziger Kassenverein,
10. Chemnitzer Stadtbank,
11. Bayerische Notenbank in München,
12. Württembergische Notenbank,
13. Badische Bank,
14. Bank für Süddeutschland,
15. Magdeburger Privatbank,
16. Kommerzbank in Lübeck,
17. Bremer Bank.

Die Noten dieser Banken dürfen im ganzen deutschen Reich zirkuliren und können in Zahlung genommen werden, ohne daß jedoch wenn eine Zahlung in Geld zu leisten ist, eine gesetzliche Verpflichtung zur Annahme derselben besteht. Die wesentlichsten gesetzlichen Bestimmungen für diese Notenbanken lauten:

Banknoten dürfen nur in Beträgen von 100, 200, 500 und 1000 Mark z. ausgefertigt werden. (§ 3.)

Jede Bank ist verpflichtet, ihre Noten sofort auf Präsentation zum vollen Nennwerthe einzulösen. (§ 4.)

Banken, deren Notenumlauf ihren Baarvorrath und den ihnen zugewiesenen ungedeckten Notenumlauf übersteigt, haben vom Ueberschusse eine Steuer von 5 pCt. jährlich zu entrichten. Der ungedeckte Notenumlauf jeder Privatbank, deren Konfession erlischt, geht an die Reichsbank über. (§ 9.)

Zur Berechnung dieser Steuer sind die Banken verpflichtet, am 7., 15., 23. und letzten jedes Monats der Aufsichtsbehörde die Feststellung des an diesen Tagen vorhandenen Baarvorraths und des Notenumlaufs zu machen zu lassen, wonach am Schluß jedes Jahres auf Grund dieser Nachweisungen die von der Bank wegen der überschreitenden Notenausgabe zu zahlende Steuer derart festgesetzt wird, daß der steuerpflichtige Ueberschuß des Notenumlaufs jeder Woche mit 1/2 pCt. berechnet wird. Die Banken werden demnach bei einem Zinssatze von 5 pCt. und darunter durch eine Verzinsung des ungedeckten Notenumlaufs keinen Vortheil haben, oder sie müßten den Kreditnehmern einen höheren Zinssatz berechnen, wenn der Geld-

bedarf groß ist und von den Banken befriedigt werden sollte. Hier tritt nun der Fall ein, daß sich das Gesetz sehr leicht umgehen läßt, und es ist anzunehmen, daß die Privatbanken sich diese Lücke im Gesetze zu Nuge machen, so daß der ungedeckte Notenumlauf der Privatbanken in Wirklichkeit viel größer, als der ihnen zugewiesene Betrag ist. Da nämlich die Feststellung des Baarvorraths und des Notenumlaufs nur viermal im Monat stattfindet, so braucht eine Privatbank sich nur am Tage der Feststellung des Ausweises Depositionen auf einen Tag zu verlagern, was ihr sehr leicht gegen Zinsvergütung gelingt, und wodurch sie den ungedeckten Notenumlauf bis zu dem ihr zugewiesenen Betrag vermindern kann. Das Reich dürfte demnach von der fünfprozentigen Notensteuer nicht viel oder gar nichts von den Privatbanken erhalten.

Die Banken sind befugt, folgende Geschäfte zu betreiben, wodurch namentlich der Geschäftsverkehr der Reichsbank eine bedeutende Erweiterung erfährt.

- 1) Gold und Silber zu kaufen und zu verkaufen;
- 2) Wechsel und Schuldverschreibungen des Reichs, eines deutschen Staats oder inländischen Korporationen zu diskontiren, zu kaufen oder zu verkaufen, falls diese nach spätestens drei Monaten fällig sind;
- 3) zinsbare Darlehne zu ertheilen:
  - a) gegen Gold und Silber;
  - b) gegen Schuldverschreibungen des Reichs, eines deutschen Staats oder inländischen kommunaler Korporation, gegen zinstragende Schuldverschreibungen, deren Zinsen vom Reich oder einem Bundesstaate garantirt sind, gegen voll eingezahlte Stamm- und Stammprioritätsaktien und Prioritätsobligationen deutscher Eisenbahn-Gesellschaften, deren Bahnen in Betrieb befindlich sind, sowie gegen Pfandbriefe landwirthschaftlicher, kommunaler oder anderer unter staatlicher Aufsicht stehender Bodenkreditinstitute Deutschlands und deutscher Hypothekenbanken auf Aktien zu höchstens drei Viertel des Courswertes;
  - c) gegen zinstragende Schuldverschreibungen nicht deutscher Staaten, sowie gegen staatlich garantirte ausländische Eisenbahn-Prioritätsobligationen zu höchstens 50 pCt. des Kurswertes;
  - d) gegen Wechsel mit einem Abschlage von mindestens 5 pCt. des Kurswertes;
  - e) gegen Verpändung von Kaufmannswaaren höchstens bis 2/3 ihres Wertes;
- 4) Schuldverschreibungen der vorstehend ad 3b bezeichneten Art zu kaufen und zu verkaufen;
- 5) Anweisungen auf ihre Zweiganstalten auszustellen;
- 6) für fremde Rechnung Effekten aller Art zu kaufen und zu verkaufen;
- 7) Depositionsgelder verzinslich und unverzinslich anzunehmen;
- 8) Werthgegenstände in Verwahrung zu nehmen. (§ 13.)

Ein Minimaldiskontsatz ist, wie dies bei der Preussischen Bank der Fall war, nicht festgesetzt. Den jeweiligen Prozentsatz, zu welchem eine Bank diskontirt oder zinsbare Darlehne gewährt, hat jede Bank öffentlich bekannt zu machen.

Die Banken sind verpflichtet, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Noten mindestens 1/2 in deutschem Gelde, den Rest in guten Diskonten als Deckung zu halten. Während jedoch die Reichsbank das Recht hat, nach Bedürfnis ihres Verkehrs Banknoten auszugeben, darf eine Privatbank Noten nur in Höhe ihres Grundkapitals emittiren. Sämmtliche übrigen Banken haben auf ihr Notenprivilegium verzichtet, mit Ausnahme der Braunschweiger und Rosfelder Bank, welche sich dem Bankgesetz nicht unterworfen haben, und deshalb außerhalb desjenigen Staates, welcher ihnen die Befugnis zur Notenausgabe ertheilt hat, Bankgeschäfte nicht betreiben und deren Noten in Zahlungen außerhalb jener Staaten ebenso wenig wie ausländische Noten verwendet werden dürfen. Zwiderhandlungen werden mit Geldstrafe belegt, dagegen ist der Umlauf solcher Noten gegen andere Geldstellen gestattet. — Die Noten derjenigen Banken, welche sich dem Bankgesetz unterworfen haben, müssen von allen Banken an ihrem Orte und bei ihren Zweiganstalten in Städten über 80,000 Einwohner in Zahlung genommen werden. Alle bei einer Bank eingegangenen Noten einer anderen Bank, soweit es nicht Noten der Reichsbank sind, dürfen nur entweder zur Einlösung präsentirt oder zu Zahlungen an diejenige Bank, welche dieselben ausgegeben hat, verwendet werden. — Diese Bestimmung ist mehr als manche andere geeignet, die Zirkulation der Privatbanknoten zu vermindern, allerdings zum Nachtheil der Privatbanken, welche sehr schnell in den Besitz der von ihnen ausgegebenen Noten gelangen. Für Stadt und Provinz Posen hat diese Bestimmung leider wenig Vortheil, da die hiesige Reichsbankhauptstelle, als Zweiganstalt der Reichsbank, die Privatbanknoten nicht in Zahlung nimmt, so lange die Einwohnerzahl Posen nicht über 80,000 steigt. Allerdings hat die polener Provinzialbank die Verpflichtung zur Annahme sämtlicher Noten der dem Bankgesetz unterworfenen Privatbanken, denn nur von letzteren ist hier die Rede. Die Provinzialbank, so aber befehrt nur einen kleinen Bruchtheil der Geldzirkulation, so daß die Reichsbankhauptstelle fast die alleinige Vermittlerin des Geldverkehrs ist. Wiewohl statistisch nicht zu belegen, so ist die Annahme doch berechtigt, daß gerade in der Provinz Posen in Folge der Versendung ihrer landwirthschaftlichen Produkte nach Sachsen und Elsaß-Lothringen ein größerer Theil der Noten dortiger Banken kursirt, als in anderen preuss. Provinzen oder deutschen Ländern. Während in diesen aber sämtliche Noten von den dortigen Reichsbankhauptstellen in Zahlung genommen werden, weil jede dieser Provinzen und Länder eine Stadt mit 80,000 Einwohner besitzt, ist Posen von diesem Vortheil des Geldverkehrs ausgeschlossen. Weber der Herr Abgeordnete für Posen noch sonst ein Abgeordneter der Provinz hat bei der Beratung des Bankgesetzes diesen wirtschaftlichen Nachtheil für die Provinz Posen zu beseitigen versucht, und wenn diese deutschen Banknoten in Folge des Bankgesetzes auch während einer Krisis vollwerthig sein würden, so wird es doch nicht zu verhindern sein, daß in schlimmen Zeiten diese Noten von den Inhabern nur mit Verlust werden an den Mann gebracht werden können.

Dieser lokale Uebelstand und alle sonstigen Nachtheile, welche das Bankgesetz dem Handelsstande aufzuzählen gebracht hat, verschwinden jedoch vor den eminenten Vortheilen, welche eine geordnete Geld- und Notenzirkulation mit sich führen. Es würde zu weit führen, hier die wirtschaftlichen Nachtheile der in übertriebenem Maße kursirenden ungedeckten Noten klar zu legen, nur soll auf die Zeit der politischen Wirren und der daraus entliehenden Geschäftskrisen hingewiesen werden, in denen der Werth einer unkontrollirten Banknote kaum taxirbar ist. Das Bankgesetz hat Deutschland endlich von dem Uebel der kleinen und großkreditlichen Papierwirtschaft befreit, so daß der Handel, auf der gesunden Basis eines geregelten natürlichen Geldumlaufs fußend, etwaige zukünftige Erschütterungen mit derselben Kraft wird ertragen können, wie ein gesunder Körper eine vorübergehende Krankheit.

## Aus dem Gerichtssaal.

Berlin, 2. März. Der Lieutenant von R. hatte bei einem Wucherer eine Wechselschuld kontrahirt, welche zum Verfalltermin nicht bezahlt wurde. Der Wucherer forderte hierauf den Lieutenant zur Zahlung auf, woraufhin er in eine von dessen Familie und sonstigen Standesgenossen geleitete Zeitung ein Inserat einreichen ließ, wonach der Standesgenosse von R. seinen Wechselverpflichtungen nicht nachkäme. Diese Drohung fruchtete jedoch nichts, und der Wucherer riefte, ehe er seine Drohung ausführte, an den Vater des Schuldners, Obersten von R., ein Schreiben, damit dieser das dem Sohne drohende Uebel durch Zahlung der Schuld abwende. Der Oberst von R. betrachtete aber das Schreiben als eine gegen ihn gerichtete Drohung und denunzirte den Wucherer wegen Erpressung auf Grund des § 253 des Str. G. B. Das Kammergericht sprach jedoch den Wucherer frei, weil derselbe die gedrohte Anklage schon einreichen wollte, ehe er von dem Vater seines Schuldners Kenntnis hatte, und sein späteres Schreiben an den Vater nur bei



daß er bei seinem Entschlusse verharren würde, sofern nicht der  
seinerseits durch eine Theilzahlung ihn von diesem Entschlusse  
abbrächte. Die gegen dieses Erkenntnis von der Oberstaatsan-  
waltschaft eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde wurde vom Obergericht  
der Sitzung vom 9. Februar d. J. zurückgewiesen, indem dasselbe  
seinem Erkenntnis ausführt: „Der Ausführung des Appellations-  
rechts liegt augenscheinlich die tatsächliche Feststellung zum Grunde,  
der Angeklagte durch sein Schreiben dem Obersten von K. nicht  
Nebel habe androhen wollen, um denselben zur Gewährung  
von ihm gesuchten rechtswidrigen Vermögensvortheils zu nö-  
thigen, sondern daß seine Absicht bloß dahin gegangen sei, dem  
seines Schuldners die geeigneten Mittel zur Abwendung  
des von letzterem für den Fall der Veröffentlichung der beabsichtig-  
ten Annonce befürchteten, also eines ihm bereits drohenden  
Schadens an die Hand zu geben.“

### Staats- und Volkswirtschaft.

**Berlin, 3. März.** Wochen-Uebersicht der Reichsbank vom  
Februar.

Activa.			
Metalbestand. (Der Bestand an coursfähigem deut- schen Gelde und an Gold in Barren oder aus- länd. Münzen) das Pfund fein zu 1392 Mk. berechnet	Mk.	484,590,000	Zun. 8,131,000
Bestand an Reichsschatzscheinen		37,921,000	Abn. 1,321,000
Bestand an Noten anderer Banken		14,200,000	Zun. 905,000
Bestand an Wechseln		343,195,000	Abn. 6,989,000
Bestand an Lombardforderungen		52,637,000	Zun. 2,478,000
Bestand an Effekten		37,000	Zun. 2,000
Bestand an sonstigen Activen		34,002,000	Abn. 1,366,000

Passiva.			
Das Grundkapital		117,197,000	Zun. 312,000
Der Reservefonds		12,000,000	unverändert.
Der Betrag der umlaufenden Noten		630,930,000	Abn. 6,182,000
Die sonstigen tägl. fäll. Verbind- lichkeiten		101,002,000	Zun. 8,780,000
Die an eine Kündigungsfrist gebun- denen Verbindlichkeiten	Mk.	93,099,000	Abn. 711,000
Die sonstigen Passiva		1,963,000	Abn. 57,000

Die Reichsbank hat, wie dieser Ausweis zeigt, gegenwärtig eine  
Reserve von nicht weniger als 170 Millionen Mark und ihr  
Umlauf ist zu 85 Prozent durch Metall, Reichsschatzscheine u.  
Der Metalbestand hat sich seit dem letzten Ausweis um  
1,000 Mark erhöht, während der Notenumlauf um 6,182,000 Mk.  
genommen ist. Der Wechselbestand weist eine Abnahme um  
6,989,000 Mk. auf, dagegen haben sich die Lombardforderungen der  
Bank um 2,478,000 Mk. vermehrt.

**Eisenbahn Statist.** Zur Beurtheilung der Leistungen auf  
Gebiete des Eisenbahnwesens in den letzten Jahren diene folgende  
Zusammenstellung, welche der sorgsame Statistiker der Eisenbahnen  
G. Stürmer in der „Zeitung des Vereins Deutscher Eisenb.“  
veröffentlicht hat.

Deutsche Eisenbahnen Ende	1873	1874	1875
Kilom.	23,910	25,554	27,956

Es wurden eröffnet neue Strecken:

Staatsbahnen	Privatbahnen
in Staats- verwaltung	in eigener Verwaltung
Jahre 1874 Kilom. 396 0	200 69
1875 769 98	1047 68
1876 96 72	1535 36

Das deutsche Eisenbahnnetz erhielt im Jahre 1875 eine Aus-  
dehnung, welche die des englischen Bahnnetzes übertrifft. Dieses  
Ende 1874 16 449 engl. M.  
1875 16,700 „ = 26 870 Kilom.

Es waren Eisenbahnen im Betriebe:

Kilometer am Schlusse des Jahres			
1860	1865	1870	1875
51 544	75 149	103 744	142 807
1 397	5 568	8 132	12 307
446	837	1 773	2 279
53 235	62 735	96 398	133 914
264	825	1 812	2 820
Zusammen	106 886	145 114	221 859
			294 122

Es hat sich also die Länge aller Eisenbahnen in den letzten 10  
Jahren verdoppelt, in Europa allein um 37 6 pCt. vermehrt.

**Wien, 2. März.** Die Generalversammlung der Aktionäre der  
Bodenbacher Bahn hat nach langer Debatte als Direktion für  
Verwaltungsrathe eine Resolution angenommen, in welcher der  
Verwaltungsrathe zur Fortsetzung der Bemühungen für Beschaffung  
erforderlichen Gelder eventuell durch Kreirung von Prioritäts-  
an unter gleichzeitiger Reduktion der Stammaktien ermächtigt wird.  
Von der „Presse“ wird das Gerücht von einem in der Mitte des  
Verwaltungsrathe der Staatsbahn entstandenen Konflikt und von dem  
Austritt des Vorstehers, Bodianer, mit Bestimmtheit als unbe-  
gründet bezeichnet und hinzugefügt, die Dividendenpapiere sei noch immer  
definitiv festgesetzt, jedenfalls stelle sich dieselbe aber unter 40 und  
eine Forderungsnahme des Reservefonds ausgeschlossen.

**Wien, 3. März.** Wochenanweis der gesammelten Lombar-  
den Eisenbahn vom 19. bis zum 25. Februar 1,162,983 Fl.,  
1,054,792 Fl. der entsprechenden Woche des Vorjahres, mithin  
den Wochen-Einnahme 108,191 Fl. Bisherige Mindereinnahme seit  
Januar d. J. 782,543 Fl.

**Wien, 3. März.** Die Einnahmen der französischen  
Eisenbahnen Staatsbahn betrugen vom 26. bis 29.  
Januar incl. 295,098 Fl.

**London, 2. März.** Bei der gestrigen Wollauktion war auftra-  
ge sehr fest, Philip Leece (fourd williger).

**Liverpool, 3. März.** [Baumwollen-Wochen-Bericht.]

	Gegen- wärtige Woche.	Vorige Woche.
Umsatz	52,000	52,000
von amerikanischer	25,000	33,000
für Spekulation	6,000	4,000
für Export	6,000	7,000
für wirklichen Konsum	40,000	41,000
unmittelbar ex Schiff.	17,000	18,000
Woll-Export	6,000	6,000
Woll-Import	84,000 *)	60,000
Woll-Verbrauch	859,000	838,000
Woll-Lagerbestand	454,000	479,000
Woll-Verbrauch nach Großbritannien	—	367,000
Woll-Verbrauch nach Amerika	—	278,000

\*) davon 48,000 Ballen amerikanische.

**Konstantinopel, 2. März.** Nach amtlicher Mittheilung hat  
Finanzminister behufs rechtzeitiger Einlösung der Coupons von  
Anleihe von 1858 46,000 Pfd. Sterl. in die am 1. d. M. fälligen  
Geld, die in London disponibel sind, ausgestellt und zugleich die  
osmanische aufgefördert, den Rest des erforderlichen Betrags  
von 100,000 Pfd. Sterl. auf Grund der ihr gewährten Garantien aus  
Wien zu erlangen.

**Türkische Anleihe.** Aus London kommt die telegraphische  
Nachricht, daß die am 1. d. M. fällig gewordenen Zinsen- und Amor-  
tisationsquote der Türkischen Anleihe von 1858 nicht zur Auszahlung

gelange, da der betreffende Zahlungsstelle, der Firma Dent, Palmers  
u. Co. die erforderlichen Beträge seitens der türkischen Regierung nicht  
zur Verfügung gestellt worden sind. Die Firma erklärt, wie aus der  
Depesche hervorgeht, nur 46,385 Pfd. St. erhalten zu haben, ein Be-  
trag, der nicht einmal ausreicht, den Kupons und die Amortisations-  
quote in der nach dem Grade vom 6. Oktober vor. Jahr. auf die  
Hälfte ermäßigten Höhe einzulösen. Die Anleihe, um die es sich gegen-  
wärtig handelt, wurde, wie erwähnt, im Jahre 1858 durch die oben-  
genannte Firma negociirt. Die Höhe derselben betrug 5 Millionen  
Pfd. St. und beträgt der gegenwärtig zu amortisirende Rest circa  
4 Millionen Pfd. St. Da die Anleihe 6prozentig ist, so beträgt das  
am 1. März fällige halbjährige Zinsentforderniß 120,000 Pfd. St.  
und die Amortisationsquote ca. 50,000 Pfd. St. In Folge der ein-  
getretenen Zinsenreduktion wären aber zusammen nur 85,000 Pfd. St.  
erforderlich, d. i. beinahe halb so viel, als der Zahlungsstelle zur Ver-  
fügung gestellt worden ist. Hierzu bemerkt die „D. B. Z.“: Hiermit  
ist der erste Fall eingetreten, daß die Türkei die von ihr erst vor Kurzem  
feierlich zugesagte Hälfte ihrer Zinsverpflichtungen nicht zur Auszahlung  
bringt. Wenn man hierdurch auch nicht unbedingt überrascht wird, da man  
ja in der europäischen Finanzwelt auf den gänzlichen Bankrott der  
Türkei vorbereitet ist und einer gänzlichen Zahlungsseinstellung der  
hohen Porte von Zahlung zu Zahlung entgegensteht, so wird doch die-  
ses neueste Ereigniß in der türkischen Finanzgeschichte ohne Zweifel  
Anlaß zu neuen Demonstrationen bieten, von denen allerdings zu be-  
fürchten ist, daß sie ebenso resultatlos bleiben werden, wie diejenigen,  
die gegen die dekretirte Zinsenreduktion erhoben wurden. Die Türkei  
der in Rede stehenden 1858er Anleihe sind wohl ausschließlich in Eng-  
land placirt und es sind die englischen Gläubiger der  
Türkei von der völligen Nichterlösung betroffen; es sei denn, daß die  
Firma Dent, Palmer und Co. den in ihrem Besitz befindlichen Betrag  
zur Vertheilung bringt oder die Türkei sich die Mittel verschafft, den  
Betrag zu komplettiren. Leider ist aber zu befürchten, daß das letztere  
nicht so leicht möglich sein wird und es ergeben sich daher für die am  
1. April und die folgenden Fälligkeitstermine die Befürchtungen einer  
gänzlichen Suspension der Zinszahlungen seitens der Türkei. Der  
Bankrott der Türkei, der ohnehin nur mit den größten finanziellen  
Anstrengungen bis jetzt aufgehalten werden konnte, dürfte aber bald  
jenes Stadium erreichen, in welchem er keine Befürchtungen mehr,  
sondern völlige Gewißheit in Betreff der gänzlichen Zahlungsseinstel-  
lung geben wird.

### Vermischtes.

**Der Wiederaufbau der Eiswerke** bei Rummelsburg ist  
jetzt beinahe beendet. Die neuen Gebäude haben provisorische Dächer  
erhalten, so daß das Eis vor den Einflüssen der Witterung geschützt  
ist. Doch hat der Regen der letzten Tage den Eisvorräthen bedeu-  
tenden Schaden zugefügt und das Wasser förmlich Kanäle in Eis ge-  
macht. Diese wurden in der letzten Woche Urache zu Unfällen, indem  
vier Arbeiter in solche ausgewasene Kanäle fielen. Ein Zimmermann  
brach dabei einen Arm, ein zweiter erlitt eine Verletzung des Rückgrats  
und zwei andere Arbeiter leichtere Verletzungen.

**Karl Gaffner**, der bekannte Verfasser von „Therese Krone“  
und einer Reihe wiener Poesien, ist am 29. Februar in Wien ge-  
storben. Karl Gaffner war 1815 in Leipzig geboren, er starb als „armer  
Poet.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wafner in Posen.

Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

**Gumbinnen, 3. März.** Hier eingegangenen sicheren Nachrichten  
zufolge soll in dem russischen Gouvernement Petrikau gegen Ende des  
vorigen Monats die Rinderpest ausgebrochen sein.

**Kassel, 3. März.** Bei der heutigen Wahl zur Präsentation eines  
neuen Mitgliedes der Stadt Kassel für das preussische Herrenhaus  
wurde der Viezbürgermeister und Reichstagsabgeordnete Wetzel gewählt.

**Wien, 2. März.** Die Kaiserin ist heute Abend 7 Uhr mit der  
Westbahn nach England abgereist. — Der Bevollmächtigte der italie-  
nischen Regierung bei den Verhandlungen über die Südbahn, ehemali-  
ger Finanzminister Sella, ist heute nach Rom zurückgekehrt.

**Paris, 2. März.** Don Carlos ist heute Abend in Boulogne ein-  
getroffen und wird sich morgen nach England begeben. — Nachrichten  
aus Madrid zufolge wird die Rückkehr des Königs Alfons dorthin am  
12. c. erwartet.

**London, 2. März.** Unterhaus. Der Unterstaatssekretär im De-  
partement für Indien, Hamilton, kündigte in der heutigen Sitzung  
an, er werde morgen die Einsetzung eines Ausschusses beantragen,  
welcher sich mit der Untersuchung der Ursachen der Silberentwerthung  
und ihrer Folgen auf dem indischen Wechselkurs beschäftigen soll.

**Petersburg, 4. März.** Der bisherige türkische Gesandte erklärt,  
daß die Nachrichten russischer Zeitungen über die Exproffungen türki-  
scher Beamten in der Herzegowina zu den genauesten Erhebungen An-  
laß geben werden und die strengste Bestrafung der Schuldigen erfol-  
gen soll. Bei dem Anlaß ist bemerkt worden, daß gewisse russische Or-  
gane in ihrer panslavistischen Tendenz geneigt erscheinen, alle Vor-  
kommnisse in den insurgirten Gegenden der Türkei stark gegen die tür-  
kische Regierung zu färben, während seitens des russischen Gouverne-  
ments erneut in dem Verkehr mit dem türkischen Gesandten dem stren-  
gen Bestreben Ausdruck gegen sich, alles zu thun, um die Pazifikation  
zu erleichtern. Türkischerseits hat die Beugung einiger früher aus  
der Herzegowina verbannten Personen stattgefunden, welche aus ihrem  
Exil sogar von türkischer Seite reich beschenkt nach ihrer Heimath ent-  
lassen sind.

**Washington, 2. März.** Der Kriegsssekretär Belknap hat in  
Folge einer bei der Kommission für die Ausgaben des Kriegsministe-  
riums eingegangenen Denunziation seine Entlassung genommen. Der  
Denunziant konstatierte, daß Belknap's Frau für die Anstellung eines  
Beamten sich 10,000 Dollars zahlen und sich weitere jährliche Zah-  
lungen in Aussicht stellen ließ. Der Marinesekretär Robeson ist  
interimistisch an Belknap's Stelle getreten. Der Deputirte Colmes  
(Demokrat) hat im Kongresse den Antrag eingebracht, Belknap in  
Anklagezustand zu versetzen. Die Angelegenheit erregt im Lande  
großes Aufsehen. — Die Repräsentantenkammer hat heute Abend den  
Antrag, daß der Kriegsssekretär Belknap in den Anklagezustand versetzt  
werden soll, einstimmig angenommen. Der Bericht der Untersuchungs-  
kommission, welcher von sämtlichen Mitgliedern unterzeichnet ist, weist  
nach, daß Belknap im Laufe von 6 Jahren 25,000 Dollars für An-  
stellung eines Handelsagenten erhalten habe und theilt mit, daß der  
Präsident Grant das Entlassungsgesuch Belknap's sofort angenommen  
habe. Mehrere Redner der demokratischen Partei sprachen sich bei  
Verhandlungen der Untersuchungs-Kommission mißbilligend über die  
Annahme der Demission Belknap's seitens des Präsidenten Grant  
aus, weil es für die Versegung Belknap's in den Anklagezustand ein  
Hinderniß bilden könne, daß derselbe nicht mehr Minister ist. — Der  
Senat wird sich heute gleichfalls mit einem der Resolution der Re-  
präsentantenkammer entsprechenden Antrage beschäftigen. — Belknap  
verweigert zur Zeit jede Aussage und will dieselbe nur vor dem zu-  
ständigen Gerichte machen.

### Telegraphische Börsenberichte.

#### Fonds-Course.

**Frankfurt a. M., 3. März, Nachmitt. 2 Uhr 30 Min.**  
Beleber und durchweg sehr fest. Privatbank 2 1/2 Proz.  
[Schlußkurs.] Lombard 176, 90. (Frankenbank) 21 1/2. (Böhm. Bank) 81, 35. (Bie-  
r) 93 1/2. (Gallier) 171 1/2. (Eisenbahn) 143 1/2. (Nordwestbahn) 123 1/2.  
Kreditaktien 156 1/2. (Rhein) 85 1/2. (Kasseler) 99 1/2. (Silber-  
rente) 64 1/2. (Papierrente) 60 1/2. (1860er Loose) 114 1/2. (1864er Loose)  
295, 80. (Amerikaner) 1885 100 1/2. (Deutsch-Oesterreich) 90 1/2. (Berliner  
Kreditbank) 79 1/2. (Frankfurter Bankverein) —. (do. Wechselbank) 78 1/2.  
Bankaktien —. (Meininger Bank) 76. (Hannoversche Bank) —.  
Darmstädter Bank 111. (Oest. Ludwigsb.) 103 1/2. (Oberbayer) 72 1/2.  
Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 156 1/2, Frankosen 25 1/2, com-  
barden 93 1/2, Reichsbank 159 1/2.

\*) per medio resp. per ultimo.

**Wien, 3. März, Nacht.** Recht fest. Bahnen theilweise höher, Gold  
gefragt.

[Schlußcourse.] Papierrente 68, 10. Silberrente 72, 50. 1854er  
Loose 106, 50. Bankaktien —. (Nordbahn) 1830. Kreditaktien  
176, 70. Frankosen 283, 50. Gallier 194, 50. (Nordwestbahn) 137, 50.  
do. Lit. B. 50, 00. (London) 114, 75. (Paris) 45, 60. (Frankfurt) 56, 05.  
Böhm. Bank 108, 50. (Kreditloose) 165, 00. (1860er Loose) 111, 50.  
Lomb. Eisenbahn 108, 50. (1864er Loose) 132, 70. (Unionbank) 73, 50.  
Anglo-Aust. 89, 60. (Austro-türkische) —. (Napoleon) 9, 19. Du-  
laten 5, 40 1/2. (Silberloose) 101, 50. (Eisenbahn) 162, 20. (Austro-türkische)  
Kreditaktien 73, 50. (Deutsche Reichsbank) 56, 52 1/2. (Türkische  
Loose) 25, 00. —. (Abends) (Abendbörse) Kreditaktien 176, 30,  
Frankosen 283, 75. Gallier 194, 25. Anglo-Aust. 88, 80. (Union-  
bank) 73, 25. (Combarden) 107, 75. (Egypten) —. (ungarische Kredit) —,  
Napoleon 9, 19 1/2.

**Bombay, 3. März, Nachmitt. 4 Uhr** Konsohl 9 1/2. Italien.  
Sprossrente 70 1/2. (Bombay) 9 1/2. 3proz. Lombard-Prioritäten alte  
9 1/2. 3proz. Lombard-Prioritäten neue —. 5proz. (Raffin) 1871  
—. 6proz. (Raffin) 1872 99 1/2. (Silber) 52 1/2. (Türk. Anleihe) 1871  
1865 19 1/2. 5proz. (Türk. Anleihe) 1869 22 1/2. (Spross) (Bereitigt) St. pr.  
1865 105. —. 5proz. (Spross) fundirt 106 1/2. (Deutsche) (Silberrente)  
63 1/2. (Deutsche) (Papierrente) 60 1/2. 6prozentige (ungarische) (Schatz-  
bons) 92 1/2. 6prozentige (ungarische) (Schatzbons) 11. (Emission) 90 1/2.  
Spanier 18 1/2. 5proz. (Bernauer) —. —. (Wechselnotirungen: Berlin  
20, 65. Hamburg 3 Monat 20 65. Frankfurt a. M. 20, 65. Wien  
11, 75. Paris 25, 42. Petersburg 30 1/2. —. In die Bank flossen heute 8,000  
Pfd. Sterl.

**Paris, 3. März, Nachmitt. 3 Uhr.** Matt und unbelebt. [Schluß-  
kurs.] 3prozentige Rente 66, 47 1/2. Anleihe 1872 103, 52 1/2.  
Italienische (Spross) Rente 70, 82. (Italienische) (Tabakaktien) —. —.  
Ital. (Tabakaktien) —. —. (Franken) 623 75. (Bombard.) (Eisenbahn-  
Aktien) 236, 25. (Bombard.) (Prioritäten) 241 00. (Türk. Anleihe) 1865 19, 30.  
Türk. Anleihe 1869 118, 00. (Türk. Anleihe) 57, 00. (Kredit mobilier) 193,  
Spanier ext. 18 1/2. —. inter 16, 31. (Bernauer) —, (Societe generale)  
537, (Egypten) 316, (Suezkanal) Aktien 745, (Banque ottomane) 435.  
Wechsel auf London 25, 16 1/2.

**Paris, 2. März, Nacht.** Auf dem Boulevard wurden heute  
Abend neueste Anleihe bei ruhiger Haltung zu 103, 85 pr. ultimo  
März, Tärken zu 19, 70 und Egypten zu 319, 00 gehandelt.

**New-York, 2. März.** (Schlußkurs.) (Schluß-  
Kotierung des Goldmarkts 14 1/2, niedriger 14 1/2. Wechsel auf London  
in Gold 4 D. 86 1/2 O. Goldagio 14 1/2. —. Bonds d. 1885 118 1/2. do.  
neue Spross. fundirt 119 1/2. —. Bonds d. 1887 121 1/2. Erie-Bahn 17 1/2.  
Central-Pacific 108 1/2. New-York Central-Bahn 115 1/2. (Baumwollen) in  
New-York 12 1/2. (Baumwollen) in New-Orleans 12 1/2. (Wehl) 5 D. 05 O.  
Raffin. Petroleum in New-York 14 1/2. —. Philadelphia 14. (Wehl)  
Frühjahrsweizen 1 D. 36 O. (Wehl) (Wehl) 68 O. (Bader) (Wehl)  
refining (Wehl) 7 1/2. (Wehl) (Wehl) 17 1/2. (Sped) (short clear) 12 1/2.  
Schmalz (Marie Wilcox) 13 1/2 C. (Getreide) 7 1/2.

#### Produkten-Course.

**Böln, 3. März, Nachmitt. 1 Uhr.** Beizen fest, hiesiger loco  
20, 50. fremder loco 21, 00 pr. März 19, 60, pr. Mai 20, 20.  
pr. Juli 20, 95. Roggen, hiesiger loco 15, 25 pr. März 14, 30,  
pr. Mai 14, 65, pr. Juli 14, 90. Hafer loco 17, 50, pr. März  
17, 10, pr. Mai 17, 00. (Wehl) loco 34, 50, pr. Mai 33, 40,  
pr. Oktober 33, 70. —. Wetter: Regen.

**Bremen, 3. März.** Petroleum. (Schlußbericht.) (Schluß-  
white loco 11, 62, pr. März 11, 75, pr. April 11, 75, pr. Mai 11,  
75, pr. Sept.-Okt. 12, 25.

**Hamburg, 3. März, Nachmitt. Beizen loco matt, auf Ter-  
mine flau. Roggen loco still, auf Termine flau. —. Weizen  
pr. März 198 1/2 Br., 197 1/2 Bd., pr. Mai-Juni pr. 1000 Rilo 202 Br.,  
201 Bd. Roggen pr. März 144 Br., 143 Bd., pr. Mai-  
Juni pr. 1000 Rilo 146 Br., 145 Bd. Hafer ruhig. Gerste matt.  
Wehl loco 67, pr. März 64, pr. Mai 64, pr. Oktober pr. 200 Pfd. 63 1/2.  
Spiritus ruhig, pr. März 34 1/2, pr. April-Mai 35 1/2, pr. Juni-  
Juli 36, pr. Juli-August pr. 100 Liter 100 pCt. 36 1/2. Kaffee ruhig  
Umfaß 2000 Sack. Petroleum loco still, Standard white loco 12, 00,  
Br., 11, 70 bz., pr. März 11, 75 Br., pr. August-Dezbr. 12, 00  
Bd. —. Wetter: Trübe.**

**Paris, 3. März, Nachmittags. (Produktenmarkt.) (Schluß-  
bericht.) Beizen ruhig, pr. März 27, 00, pr. April 27, 50, pr.  
Mai-Juni 27, 75, pr. Mai-August 28, 25. Wehl matt, pr. März  
58, 00, pr. April 58, 50, pr. Mai-Juni 59 50 pr. Mai-August  
60, 75. (Wehl) ruh., pr. März 97, 25, pr. April 86, 00, pr. Mai-  
August 82, 50, pr. Septemb.-Dezbr. 81, 00. Spiritus behauptet  
pr. März 45, 50, pr. Mai-August —, 00.**

**London, 3. März, Nachmitt. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)**  
Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 7220, Gerste 1020,  
Hafer 18,600 Dirs. Englischer Weizen fest, angekommene Ladungen  
nominal unverändert. Russischer Hafer 1/2 Sch. (schwedischer) 1/2 Sch.  
höher. Andere Getreidearten unverändert. —. Wetter: Regnerisch.

**London, 3. März.** Bei der gestrigen Wollauktion war die Ten-  
denz eher flau, Preise unverändert.

**Bradford, 2. März.** [Wolle und Wollwaaren.] Wolle  
wenig gefragt und flau. Wollene Garne und wollene Stoffe ge-  
schäftlos.

**Manchester, 3. März, Nachmittags. 12r Water Armitage**  
7 1/2, 12r Water Taylor 7 1/2, 20r Water Nicholas 9 1/2, 30r Water  
Gidlow 10 1/2, 30r Water Clayton 11 1/2, 40r Water Wholly 10 1/2. 40r  
Medio Wilkinson 12 1/2, 36r Waterpops Qualität Rowland 12, 40r  
Double Weston 11 1/2, 60r Double Weston 15 1/2, Printers 11 1/2, 11 1/2,  
8 1/2 Pfd. 11. Etwas fester.

**Wassgaw, 3. März.** (Schlußbericht.) (Schluß-  
59 Sch. 3 d.

**Liverpool, 3. März, Nachmittags. Baumwollen. (Schluß-  
bericht.)** Umsatz 10,000 B., davon für Spekulation und Export 2000  
B. Stetig, auf Zeit — d. Middling Orleans 6 1/2, midd-  
ling american 6 1/2, fair Doberck 4 1/2, middl. fair Doberck 3 1/2,  
good middling Doberck 3 1/2, middl. Doberck 3 1/2, fair Bengal 4,  
fair Broad 4 1/2, new fair 4 1/2, good fair Doberck 4 1/2, fair  
Madras 4 1/2, fair Bernaw 6 1/2, fair Smyrna 5 1/2, fair Egypt. 6 1/2.  
Baumwollenbericht. Schwindend nach Großbritannien 385,000  
B., davon amerikanische 293,000 B.  
Upland nicht unter low middling März-April-Fieferung 5 1/2. März-  
Verlieferung per Segler 6 1/2 d., Mai-Juni-Lief. 6 1/2 d. Kanal  
— d.

**Antwerpen, 3. März, Nachmittags. 4 Uhr 30 Minuten.**  
(Schlußbericht.) Getreidemarkt. Weizen behauptet, dänischer —.  
Roggen unverändert, Odeffa —. Hafer ruhig. Gerste stetig.  
Petroleum-Markt (Schlußbericht.) Raffinirtes, (Wehl) weiß  
loco 29 bz. u. Br., pr. März 28 1/2 bz., 28 1/2 Br., pr. April 28 bz.,  
29 Br., pr. September 30 1/2 Br., pr. September-Dezember 31 Br.  
Ruhig.



Druck und Verlag von B. Decker u. Comp. (E. Köstel) in Posen.